



Bonn, den 08.06.2013

Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

Bundestagswahl 2013: Stimme für die Tiere

Die Bundestagswahl am 22. September 2013 wird auch eine Richtungswahl für die Zukunft der Tierschutzpolitik in Deutschland sein. Gesetzgeber und Bundesregierung haben in den vergangenen Jahren in zentralen Tierschutzfragen versagt. Die Forderungen der Tierschützer wurden größtenteils ignoriert, viele Versprechen gebrochen. Bis heute ist das Tierschutzgesetz ein Tiernutzgesetz geblieben.

Im vergangenen Jahr wurde das Tierschutzgesetz erstmals seit 25 Jahren vom Gesetzgeber überarbeitet. Eine wirksame Novellierung des Tierschutzgesetzes wurde jedoch von der Tiernutzerlobby und ihrem parlamentarischen Arm verhindert. Tiere dürfen weiterhin verstümmelt werden, der schmerzhafteste Heißbrand bei Pferden bleibt erlaubt. Auch die Änderungen zur Qualzucht von Heimtieren und landwirtschaftlich genutzten Tieren bleiben unwirksam, ein Vollzug ist weiter nicht möglich. Es gibt weiterhin auch keine wirksamen Maßnahmen, mit denen das Leid der Wildtiere im Zirkus, Zoo und in Privathaushalten beendet wird. Eine natur- und tierschutzkonforme Reform des Jagdgesetzes wurde ebenfalls versäumt. Der praktische Tierschutz fand keine Stärkung im Gesetz.

Der von der EU-Tierversuchsrichtlinie vorgegebene Ermessensspielraum bei der Umsetzung in deutsches Recht wurde nicht im Sinne des Tierschutzes genutzt, sondern in vielen Bereichen wurden Chancen vertan. Auch ein Jahrzehnt nach der Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz ist es Tierschutzverbänden immer noch nicht möglich, dieses Staatsziel vor Gericht einzuklagen, weil Bundesregierung und Bundestag ihnen kein Verbandsklagerecht eingeräumt haben. Damit ist das Staatsziel bis heute nicht umgesetzt.

Der Deutsche Tierschutzbund – mit seinen 16 Landesverbänden, mehr als 700 Tierschutzvereinen mit mehr als 500 vereinseigenen Tierheimen und mehr als 800.000 organisierten Tierschützerinnen und Tierschützern und viele Millionen Unterstützer – erwartet ein klares Bekenntnis zu mehr Tierschutz in der Politik.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes fordert

die demokratischen Parteien auf, vor der Bundestagswahl klar zu benennen, was sie nach der Bundestagswahl für den Tierschutz in Deutschland tun werden. Dazu verweisen die Tierschutz-Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet auf die tierschutzpolitischen Forderungen des Deutschen Tierschutzbundes vom 10. April 2013.

Die Delegierten stellen zudem klar:

- nur wer sich für das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einsetzt
- und wer zusagt, dass das Tierschutzgesetz einer dringenden und umfassenden Überarbeitung im Sinne des Tierschutzes unterzogen wird
- und sich dazu bekennt, die Infrastruktur des praktischen Tierschutzes vor Ort zu stärken,

hat die Chance, sich die Stimme der Millionen Tierfreunde in Deutschland zu verdienen.

Wer Tierschutz rückwärts denkt, darf damit politisch nicht mehr vorwärtskommen.